

Finnland verlässt Landminenvertrag und erhöht Verteidigungsausgaben wegen Russland

Finnland plant den Austritt aus dem Antipersonenminen-Vertrag und eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3% des BIP bis 2029, um auf die Bedrohung durch Russland zu reagieren.

Helsinki, Finnland – Die NATO-Mitgliedschaft **Finnlands** plant, sich von einem globalen Vertrag über das Verbot von Anti-Personenminen zurückzuziehen und die Verteidigungsausgaben bis 2029 auf mindestens 3% des BIP zu erhöhen. Dies bestätigte die Regierung am Dienstag als Reaktion auf die sich verändernde militärische Bedrohung durch Russland.

Rückzug aus dem Ottawa-Vertrag

Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben im vergangenen Monat angekündigt, sie würden sich aufgrund der Bedrohungen durch das Nachbarland Russland aus dem Ottawa-Vertrag von 1997 zurückziehen. Durch den Austritt aus dem Vertrag könnte Finnland, das die längste Grenze mit Russland innerhalb der NATO sichert, erneut mit der Lagerung von Landminen beginnen, um im Ernstfall entsprechend gerüstet zu sein.

Langfristige Sicherheitsbedrohung durch Russland

Premierminister Petteri Orpo erklärte auf einer Pressekonferenz, dass es derzeit keine unmittelbare militärische Bedrohung für

sein nordisches Land gebe, jedoch sei Russland eine langfristige Gefahr für ganz Europa. „Der Rückzug aus dem Ottawa-Abkommen wird uns die Möglichkeit geben, uns flexibler auf die Veränderungen im Sicherheitsumfeld vorzubereiten“, so Orpo.

Erhöhung der Verteidigungsausgaben

Zusätzlich wird Finnland 3 Milliarden Euro (rund 3,24 Milliarden US-Dollar) für die Verteidigung bereitstellen, wodurch sich das Niveau der Verteidigungsausgaben von 2,41% im Jahr 2024 auf 3% des Bruttoinlandsprodukts bis 2029 erhöhen wird. Präsident Alexander Stubb äußerte auf X: „Das ist ein Teil von Finnlands Beitrag, damit Europa größere Verantwortung für unsere eigene Verteidigung übernimmt.“

Reaktionen auf den Ukraine-Konflikt

Diese Ankündigungen erfolgen vor dem Hintergrund, dass US-Präsident Donald Trump verstärkt darauf drängt, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Dies hat wachsende Besorgnis in Polen und den baltischen Staaten ausgelöst, dass Russland sich neu bewaffnen und stattdessen sie ins Visier nehmen könnte. Finnland trat 2023 dem NATO-Militärbündnis bei und vollzog damit eine Wende von jahrzehntelanger Neutralität, ausgelöst durch die russische Invasion in der Ukraine, was von Russland mit Androhungen von „Gegenmaßnahmen“ beantwortet wurde.

Erwägungen zum Rückzug

Finnland begann im vergangenen November mit der Überlegung, den Rückzug aus dem Ottawa-Vertrag zu prüfen, nachdem der Militärbefehlshaber festgestellt hatte, dass das Thema angesichts von Russlands Einsatz derartiger Waffen in der Ukraine diskutiert werden sollte. „Finnland wird Minen verantwortungsvoll einsetzen, aber es ist ein Abschreckungsmittel, das wir benötigen“, erklärte die Ministerin für Landwirtschaft und Forsten, Sari Essayah, am Dienstag

gegenüber den Medien.

Die Gefahren von Anti-Personenminen

Anti-Personenminen sind so konzipiert, dass sie im Boden verborgen sind und automatisch detonieren, wenn jemand darüber tritt oder sich in ihrer Nähe aufhält. Finnland zerstörte nach 2012 über 1 Million Landminen und wurde damit der letzte EU-Staat, der den Ottawa-Vertrag unterzeichnete, welcher von mehr als 160 Ländern ratifiziert wurde, jedoch nicht von Russland. Der 1997 verabschiedete Vertrag war Teil einer Reihe internationaler Vereinbarungen, die nach dem Ende des Kalten Krieges zur globalen Abrüstung festgelegt wurden. Die Kampagnen für ein Verbot von Landminen wurden im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Politische Unterstützung für den Rückzug

Das Verlassen des Vertrags wird die Genehmigung des finnischen Parlaments erfordern, wird jedoch voraussichtlich angenommen werden, da es eine breite Unterstützung sowohl bei der Regierung als auch bei den Oppositionsparteien gibt.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at